

FDP/0006/2022

Parteienantrag FDP

Az:

Datum: 04.11.2022

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit	Abstimmung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Energie		Vorberatung	
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung	

Erstellung eines Blackout-Notfallplans

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, einen **Blackout-Notfallplan** für das Gebiet der Stadt Groß-Umstadt zu erstellen, mit dem die Folgen eines potenziellen Blackout-Ereignisses, also eines großflächigen systemumfassenden Stromausfalls, bewältigt werden können.

- 1) Dazu gehören insbesondere die Einrichtung eines handlungsfähigen Krisenstabs und entsprechende Vorbereitungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie kritischer Infrastruktureinrichtungen und systemrelevanter Betriebe, z.B. der Wasserversorgung und der Gesundheitseinrichtungen.
- 2) Es ist ein Verzeichnis der einsatzbereiten Notstromaggregate der öffentlichen Einrichtungen zu erstellen und im Vorfeld zu planen, wie im Ernstfall die Versorgung der Notstromaggregate mit ausreichend Treibstoff sichergestellt wird.
- 3) Auf Grundlage gewonnener Erkenntnisse aus Abfragen bei Betreibern kritischer Infrastrukturen soll eine digitale Lage- und Übersichtskarte erarbeitet werden, um im Katastrophenfall effektiver agieren zu können.
- 4) Die Kommunikation zwischen der Verwaltung, den örtlichen Rettungskräften und anderen Behörden soll für den Krisenfall eingeübt werden.
- 5) Die Bevölkerung soll in geeigneter Weise darüber aufgeklärt werden, welche Maßnahmen eigenverantwortlich zur Sicherstellung der eigenen Versorgung z.B. mit Lebensmitteln, Wasser und Medikamenten ergriffen werden sollten.

Begründung:

Ein großflächiger systemumfassender Stromausfall ist angesichts der aktuellen Entwicklungen realistisch geworden. Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber sprechen in ihrer Sonderanalyse Winter 2022/23 („zweiter Stresstest“) für die Bundesnetzagentur von einer äußerst angespannten Versorgungslage. In Europa und Deutschland kann es zu Lastunterdeckungen kommen. Die vorhandenen Kapazitäten zum Netzengpassmanagement reichen nicht aus. Die Lage verschärft sich derzeit zunehmend infolge des möglichen Gasnotstands. Die durchgeführten Stresstests zum Stromsystem haben die Instabilität des Gesamtsystems offenbart.

Unabhängig von der Wahrscheinlichkeit eines Blackouts wären die Folgen fatal. Ein längerer Zusammenbruch der Energieversorgung hätte katastrophale Folgen für die elementaren Bedürfnisse der Bürger, wie die Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser, sowie die öffentliche Sicherheit und die kritische Infrastruktur.

Deswegen muss frühzeitig die Vorsorge zur Folgenabmilderung getroffen werden, indem ein Notfallplan für das Worst-Case-Szenario erarbeitet wird. Eine gute Vorbereitung ist die Voraussetzung für ein erfolgreiches Krisenmanagement. Im Krisenfall ist der Aufbau eines Krisenstabs und die Planung von Sofortmaßnahmen praktisch unmöglich. Weiter müssen die technischen, materiellen und personellen Voraussetzungen geschaffen, geschult und geübt werden. Um im Ernstfall schnell handlungsfähig zu sein, ist ein Verzeichnis von einsatzbereiten Notstromaggregaten zu erstellen und deren Belieferung mit Treibstoff organisatorisch vorzubereiten. Eine zentrale Anlaufstelle für die Mitglieder des entsprechenden Krisenstabs ist unabdingbare Voraussetzung, um sich auszutauschen und Notfallstrukturen zu schaffen. Weiterhin ist es notwendig bei den Betreibern kritischer Infrastruktur vorab Informationen abzufragen, damit man im Ernstfall einen besseren Überblick hat, wann welche Einrichtung bei einem Stromausfall Probleme bekommen könnte.